

# Neues aus der Anstalt: CDU-Demografieabgabe



Sie lernen es nicht. Beim Thema „demographischer Niedergang“ sind leider sämtliche etablierten Parteien ähnlich unbedarft und phantasielos. Die neueste Sau, die zu diesem Thema – diesmal von der CDU – durchs politische Dorf getrieben wird ist nun die sogenannte „Demografieabgabe“. Nach diesem Konzept sollte zukünftig jeder über 25 einkommensabhängig einen „Alten-Soli“ bezahlen.

*(von Thorsten M.)*

Nun hat die CDU damit immerhin erkannt, dass es in unserem Land ein Verteilungsproblem zwischen den Generationen und Menschen gibt, das so in einer funktionierenden Demografie nicht bestand. Es ist aber wie beim Topfschlagen: Die Unionisten waren in diesem Jahr schon „wärmer“: Nämlich als im Februar ein paar „junge Wilde“ um den Sprecher der Jungen Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marco Wanderwitz, eine Demografie-Steuer für Kinderlose (und nicht pauschal Einkommensempfänger) über 25 forderten. Das Geplärre der dadurch diskriminierten ungewollt Kinderlosen (gefühlte über 90% der Gruppe, die hier hätte in die Pflicht genommen werden sollen) machte freilich daraus schnell einen Rohrkrepierer. Irgend einer der berühmten „nicht-hilfreich-Sätze“ der Kanzlerin brachte dann – wie üblich – die Diskussion vollends

zum Erliegen.

Politik hat nicht die Aufgabe, irgendwelche Randgruppen zu päppeln und dort Ressourcen abzuladen, wo am lautesten geschrien wird (dazu haben nämlich vor allem Familien am aller wenigsten Zeit!). Sinn und Zweck von Politik ist es, den Fortbestand einer Nation, die Sicherheit, die Gerechtigkeit und auch den Wohlstand zu gewährleisten. Und zwar genau in dieser Reihenfolge. Gut gemachte Politik erkennt man dabei daran, dass sie Ursache- und Wirkungsrelationen stets im Auge hat. Dies beinhaltet, gesellschaftlich förderliches Verhalten finanziell und moralisch zu unterstützen, während solches, das uns als Gemeinwesen nicht weiter bringt allenfalls neutral behandelt wird.

Was dieser tiefere Sinn von Politik aber mit einer „generellen Bestrafung von Einkommen über 25“ zu tun haben soll, erschließt sich nicht einmal dem wohlmeinenden Betrachter.

Darum hier für alle mitleisenden Unionisten nochmals zum Mitschreiben: Deutschland fehlen gut ausgebildete, motivierte junge Menschen. Und zwar solche mit familiärem Bezug zu unserem Land, da unser Integrationspotential vor allem im Westen für mindestens eine Generation völlig ausgereizt ist. Für eine Wissensgesellschaft, die gegenüber China, Brasilien oder Indien weiter die Nase vorn behalten möchte, sollten diese idealerweise in großer Zahl auch einen familiären Bildungshintergrund mitbringen, was ein weiterer Grund dafür ist, warum weitere Einwanderung nicht in Betracht kommt. Praktisch keine hoch entwickelte Wissensgesellschaft schafft es nämlich aktuell, in dieser Bevölkerungsgruppe einen „Überschuss“ zu erzeugen, der ohne Schaden für das Herkunftsland für die Einwanderung nach Deutschland in Betracht kommt. Junge Leute aus Bildungsbürgerfamilien sind aber unser Wohlstandsentscheidendes Humankapital, unser wirtschaftlicher Vorsprung durch „geronnene Familienbildung“. Dies kann auch eine noch so umfassende frühkindliche Ganztagesbetreuung nicht ersetzen.

Darum muss Verteilungspolitik Anreize schaffen, dass Bildungsbürgerfamilien wieder in ausreichendem Maße Kinder bekommen. Wer dabei den moralischen Druck auf immer mehr Kinderlose nicht erhöhen will, muss zum Ausgleich deutliche (auch finanzielle) Anreize schaffen, dass andere Frauen, denen dabei aufgrund ihrer guten Ausbildung ein hohes Einkommen entgeht, wieder drei und mehr Kinder bekommen. Die bisher einzige diesbezüglich sinnvolle Maßnahme, nämlich das einkommensabhängige Elterngeld, ist man freilich bereits wieder am zurückbauen. Und nicht einmal für das erbärmlich niedrige Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat findet sich ein klarer politischer Konsens, ganz als wäre es realistisch und erstrebenswert die dringend benötigten Mütter von drei, vier Kindern möglichst schnell wieder an die „Arbeitsfront“ zu schicken. Dafür weitet man aber – so wie jüngst im vom Westen alimentierten Bundesland Berlin – das Ehegattensplitting auf Homosexuelle aus. Sicher ein weiterer Schritt in die richtige Richtung – näher zum Abgrund.

Denn sie wissen nicht, was sie tun. Aber das machen sie beherzt, auch mal unter dem Namen „Demografieabgabe“. Man könnte auch sagen: „Neues aus der Anstalt.“